

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Richtungen nehmen: die Richtigkeit
der Ausführungen des Reichsministers
gegen - erhebt vorläufige
Ansprüche - Antrag Dr. 53.

Rechtsprechung: Die Rechtsprechung
Pflichtige für Anzeigen aus Aue und
Umgebung zu Goldpfennige, aus
anderen Anzeigen zu Goldpfennige,
Richtungs-Pflichtige zu Goldpfennige,
amtliche Zeile zu Goldpfennige.

Kleogramm: Tageblatt Auerzgebirge. Enthalten sind die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Druckerei: Aue Leipzig Nr. 1924

Nr. 144

Montag, den 23. Juni 1924

19. Jahrgang

Die Lügen über deutsche Rüstungen.

Eine Erklärung Dr. Gehlers.

Reichswehrminister Dr. Gehler hatte eine Unter-
suchung mit einem Vertreter der "Hearst-Presse", in der er
a. ausführte: „Mit Beginn der Regierungskrise und
der Zurückdrängung der Rechtsparteien hat in Frank-
reich von dieser Seite ein systematischer Pressefeldzug
angezeigt dessen deutlich erkennbare Ziele auf der Hand
liegen. Es gilt, erneut die Weltmeinung in der Frage
deutscher Rüstungen zu vergessen. Von dem
"Matin" und der "Daily Mail" in Szene gesetzt, von
allen französischen Zeitungen gern ausgeschlagen und
auch von der englischen Presse mehr oder minder kritisch
wiedergegeben, sind eine Fülle von Nachrichten, Ar-
tikeln und Telegrammen erschienen. Sie tragen Überschriften wie: Deutschlands militärische Wiedergeburt,
Ausbildung der jungen Jahrestassen, Das Kriegs-
system. Die Mobilmachung ist fertig. In den Chor jener
Zeitung stimmt nach einem uns vorliegenden Tele-
gramm auch der "Temps" ein, der einen Artikel des
verschwiegenen Leutnants Reboul mit der Überschrift
„Die deutsche Militärgefahr“ bringt. Mit ebenso pro-
prier Boswilligkeit wie plumper Dummheit wird darin u.
i. der „Nachweis“ zu bringen versucht, daß Deutschland
und von heute besitzt Räder, um die ganze
Nation unter Waffen zu stellen. Schließlich versteht sich
er „Matin“ zu der Behauptung: „Deutschland ist also
moralisch und materiell für eine sofortige Mobilmachung
bereit.“ Derartige plötzlich lawinenartig anschwellende
Weldungen sollen in der Welt den Anschein erwecken, als
ob ebenso plötzlich und gegen Deutschlands wahre
Interessen ein feuerhafter Rüstungswahn in
Deutschland eingesetzt hätte. Und das zu einer Zeit, wo
Deutschland ebenso wie alle anderen am wahren Frieden
interessierten Mächte für die endgültige Durchführung
der brennenden wirtschaftlichen Fragen eine ruhige und
unverfälschte Atmosphäre benötigt. Alle diese Nach-
richten entbehren natürlich jeder Grundlage. Deutschland
hat abgerichtet, es fehlt ihm jede materielle Möglichkeit,
um Krieg zu führen. Frankreich hat ein Heer von mehr
als 700'000 Mann, Deutschland ein solches von nur
100'000 Mann. Frankreich hat schwere Artillerie, Tanks
tausende Flieger, Deutschland keinerlei solche Waffen,
ohne die ein Krieg überhaupt nicht geführt werden kann.

Breitscheid über den Besuch bei Herrriot.

Der deutsche Reichstagabgeordnete Dr. Breitscheid
erklärte einem Vertreter des "Oeuvre", daß er beim
französischen Ministerpräsidenten Herrriot weder einen
offiziellen noch einen offiziellen Auftrag zu erfüllen
habe. Er könne Herrriot seit zwei Jahren und wolle
diese Bekanntheit erneuern. Es sei völlig unwahr, daß
er Herrriot die Ernennung Nollets zum Kriegsminister
empfohlen habe. Herrriot sei vom besten Willen erfüllt,
um den Frieden in Europa herzustellen und eine
Wiederherstellung zwischen Frankreich und Deutschland
herzustellen. Ein Einvernehmen zwischen beiden
Mächten sei möglich. Deutschland habe den Dawesbericht
durch die Abstimmung im Reichstag angenommen und
die deutsche Regierung bereite gegenwärtig Durchführungs-
gesetze vor. Da auch alle anderen Regierungen
den Bericht annahmen oder annehmen werden, so habe
man die Grundlage für die Pazifizierung Europas ge-
funden. Breitscheid bedauert die Erklärung Herrrots
über die Nollet-Ministratschaft, die man in Deutsch-
land nicht verstehen werde. Denn alle Garantien und
alle notwendigen Länder seien bereits im Sachverständigen-
bericht vorgesehen. Wenn Frankreich andere Garan-
tien und andere Länder haben wollte, so wäre
dies der Raum für neue Schwierigkeiten und Meinungs-
verschiedenheiten. Denn, der Sachverständigenbericht be-
sprocgt nicht eine Versöhnung zwischen Frankreich und
Deutschland, sondern er sei die Grundlage für die euro-
päische Wiederherstellung. Infolgedessen habe Frank-
reich nicht das Recht, andere als die im Dawesbericht vor-
gesehenen Länder zu verlangen. Die Militärkon-
trolle durch alliierte Offiziere verleihe die
öffentliche Meinung in Deutschland. Wenn
man in Deutschland Rüstungen vornehme, die der Ver-
faßter Vertrag nicht gestatte, so würde dies niemals
zugeignet sein, den Krieg gegen Frankreich zu ermöglichen.
Diese heimlichen Rüstungen seien nur eine Ge-
fahr für die deutschen Republikaner und revolutionären
Arbeiter. Die sozialistischen Arbeiter müßten diese Rüs-
tungen verhindern. Bezüglich der letzten Note der Bot-
schafterkonferenz in der Frage der Militärkontrolle
habe die Reichsregierung noch vorher geschaut, doch
ist Breitscheid überzeugt, daß das Reichskabinett
alles tun wird, um zu beweisen, daß die Arme der
Mächte mit den Alliierten
Die Sicherheit werde übrigens die Wieder-
herstellung zwischen Frankreich und Deutschland sein.

In Deutschland erwarte man die Befreiung aller im
Kriegsgebiet Gefangenenommenen und die Erlaubnis
der Rückkehr für alle Ausgewiesenen, weil diese nur als
deutsche Untertanen und Patrioten handelten.

Der deutsche Botschafter bei Herrriot.

Im Auftrage der Reichsregierung hat der deutsche
Botschafter in Paris Herr v. Hoesch am Freitag Herr-
riot erneut einen Besuch abgestattet, um von ihm einige
Erklärungen über verschiedene Punkte des Regierungs-
programms zu erlangen. Herr v. Hoesch bat um Aus-
klärung darüber, was Herrriot in seinem Programm
unter den erforderlichen Garantien im Ruhrgebiet nach
Anwendung der Sachverständigenberichte gemeint habe,
die bei einer Nollet-Ministratschaft für die fran-
zösische Regierung unerlässlich seien.

Der französische Ministerpräsident wies in seiner
Antwort darauf hin, daß auch in diesen Fragen sehr viel
von seiner Befreiung mit Macdonald abhänge. Erst
wenn er sich mit London und Brüssel verständigt habe,
könne er erschöpfende Auskunft geben.

Hoesch kommt nach Berlin.

Wie eine Korrespondenz erklärt, wird der deutsche
Botschafter in Paris Herr v. Hoesch sich voraussichtlich
noch Berlin begeben und dabei den maßgebenden
amtlichen Stellen über die Lage, wie sie sich nach den
französischen Kammerwahlen gestellt hat, Bericht er-
stellen. Es dürften bei dieser Gelegenheit außerdem die
aus dem Dawesplan und den Wiederaufbauplänen sich er-
nebenden Probleme, vor allem auch die Frage der inter-
alliierten Militärkontrolle, und im Zusammenhang
hiermit die in der letzten Zeit von französischer Seite
besonders oft verbreiteten Gerüchte von angeblichen
deutschen Rüstungen zur Sprache kommen.

Wiesbaden wieder Regierungssitz.

Die Wiesbadener Regierung, die noch zurzeit in
Frankfurt a. M. amtiert, erhält heute mittag von der
Rheinlandkommission die telefonische Mitteilung, daß
ihre Einreise nach Wiesbaden keine Bedenken mehr
entgegenstehen. Die schriftliche Bestätigung wird sofort
erfolgen. Regierungspräsident Dr. Haenisch wird dem-
nach in allerhastiger Zeit mit seinem Beamtenstab nach
Wiesbaden abreisen.

Neue Rüstungen im Ruhrgebiet.

Der deutsch-nationale Studienrat Stadtverordneter
Jelle wurde im Gymnasium während des Unterrichts im
Klassenzimmer von der Besatzung festgenommen. Sein
Schrank im Konferenzzimmer, sowie auch seine Wohnung
wurden durchsucht. Weiter wurden die Brüder Arthur
und Heinrich Westerlamb festgenommen, nachdem ihre
Wohnung ebenfalls durchsucht war.

Ein deutsches Memorandum für Macdonald.

Wie verlautet, hat der deutsche Botschafter in Lon-
don Schauter der englischen Regierung ein Memorandum
übergeben, in dem der deutsche Standpunkt dar-
gelegt wird, wie er sich nach dem Regierungswchsel in
Frankreich gegenüber den schwierenden politischen Pro-
blemen für die Reichsregierung ergibt.

Herrriot bei Macdonald.

Sonnabend abend um 1/27 Uhr ist Herrriot mit einem
halbstündigen Verspätung auf dem Londoner Victoria-
bahnhof in Begleitung seines Kabinettschefs, seines Pri-
vatssekretärs und eines Dolmetschers eingetroffen. Die
anwesende große Menschenmenge brachte dem Premier
eine Ovation ein. Auch fast das ganze Ministerium war
zur Begegnung erschienen. Der französische Minister-
präsident bestieg nach kurzem Aufenthalt einen Kraft-
wagen, um sich nach Chequers zu begeben. Die Aus-
sichten der Zusammenkunft werden hier optimistisch be-
urteilt. Man verheißt sich indessen nicht, daß von
einem launenwankenden Besuch - Herrriot beabsichtigt
Sonntag nachmittag um 8 Uhr Chequers
wieder zu verlassen - keine schwerwiegenden Er-
gebnisse erwartet werden können, um so mehr, da zu
der Unterhaltung keine Sachverständigen hinzugezogen
werden sollen. Die ganze Verhandlung dürfte also le-
diglich vorbereitenden Charakter tragen.

Eine interalliierte Konferenz in London?

Nach Schluß der in Chequers abgehaltenen Bespre-
chungen wurde eine amtliche Mitteilung veröffentlicht,
in der es heißt: Die zwischen den Premierministern
Frankreichs und Englands am Sonnabend und Sonntag
in Chequers abgehaltenen freundschaftlichen, aber nicht
formellen Gesprächen redeten sich auf gewisse Fra-
gen, die sich aus dem Dawesbericht und auf Ma-
trixen, die zu ihrer Verwirklichung notwendig sind.
Bestimmte Schritte konnten angekündigt werden
den Unterhandlungen mit der italienischen und den bel-

gischen Regierung nicht gefaßt werden. Die Unter-
redungen zeigten eine allgemeine Übereinstimmung
zwischen den Ausschüssen Frankreichs und Englands
und auf Seiten der beiden Premierminister die gemeinsame
Entschlossenheit, den Schwierigkeiten in fortgelebtem
Zusammenwirken entgegenzutreten, welche ihre beiden
Länder nicht nur, sondern die ganze Welt bedrohen.
Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß im Einver-
nehmen mit den anderen Alliierten eine Konferenz
in London nicht später als Mitte Juli abgehalten wer-
den soll, um eine endgültige Verständigung über das
einzuschlagende Verfahren herzustellen. Endlich be-
steht zwischen den beiden Premierministern Übereins-
timmung darüber, daß sie sich beide zur Eröffnung der
Völkerbundversammlung im September d. J. zu kur-
zem Aufenthalt nach Genf begeben wollen.

Nach Ausgabe des Communiques beschlossen Her-
riot und Macdonald, folgenden Auftrag zu veröffentlichen:
Angesichts der Schwierigkeiten, die nicht nur die be-
iden Länder, sondern die gesamte Welt beeinflussen, ha-
ben wir uns dahin verständigt, unter uns einen mora-
lischen Pakt zum Zwecke fortgesetzter Zusammenarbeit
abzuschließen.

Gründung einer nationalliberalen Reichspartei.

Im Reichstagsgebäude tagte am Sonntag eine von
etwa 100 Vertretern der nationalliberalen Vereinigung
Berlin-Brandenburg besuchte Versammlung, zu der auch
Mitglieder der nationalliberalen Vereinigung aus den
übrigen Teilen des Reiches erschienen waren. Die Ver-
sammlung beschloß die Gründung einer nationallib-
eralen Reichspartei. Die zu dem Ausbau der Partei-
organisation erforderlichen Arbeiten sollen — insbeson-
dere auch im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen
in Preußen — unverzüglich in Angriff genommen wer-
den. Es wurde sofort ein Organisationsausschuß von
40 Mitgliedern gebildet und zum Vorsitzenden der Par-
tie der Reichstagabg. Dr. Marek gewählt.

Togung der deutschen Zeitungsverleger.

Reichsminister Jarres über das neue Journalistengesetz.

In Gegenwart des Reichsministers des Innern Dr. Jarres, des Chefs der Presseabteilung der Reichsregierung Dr. Spicker, von Dr. Thilo vom Reichspostministerium, mehreren wissenschaftlichen Ministern und
Vertretern von Behörden, begrüßte am Sonnabend vor-
mittag der Vorsitzende des Vereins deutscher Zeitungs-
verleger Kommerzienrat Dr. Strumbhaar-Blegnius die
30. Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungs-
verleger in Stuttgart.

Reichsminister Dr. Jarres hielt eine Rede, in der er u. a. ausführte:

„Wir werden das Ergebnis der heutigen Verhand-
lungen abwarten, um mit den Spitzenorganisationen beider
Seiten zusammenzutreten, denn nur so kann der
Weg gefunden werden zur Aufrechterhaltung einer
Presse wie wie sie bisher hatten, die sich eines Hoch-
standes erfreut, um den uns die ausländische Presse be-
neidet. Eine Einigung über das Journalistengesetz
sollte gefunden werden. Gewiß muß der Verleger seine
Bedeutung und in vielen Punkten endgültigen Eindruck
auf die Zeitung behalten. Andererseits muß aber nicht
nur das Arbeitsrechtsverhältnis des Schriftleiters, son-
dern auch sein Berufsanhänger so gehoben werden, daß
dem Verleger wirklich ein kraft- und wertvoller Schrift-
leiterseanz zur Seite steht. Wir werden in objektiver
Würdigung der beiderseitigen Belange und nach reif-
licher Überlegung und Rücksicht mit beiden Seiten
dasjenige vorschlagen, was wir im Interesse der deut-
schen Presse der Verleger und der Schriftleiter für
notwendig halten.“

Der Minister gedachte dann wie schon vorher der
Vorstand der treuen aufopfernden Hingabe der
Verleger im besetzten Gebiet an das Vaterland und teilte
mit, daß bisher 40 Verleger zwangsweise die Heimat
verlassen müssen und über 500 Zeitungen des beset-
zen Gebietes durch Gewaltakten unterdrückt worden sind.

Nach der Rede des Reichsministers Dr. Jarres
nahm Professor Ferdinand Wolff-Dresden, zweiter
stellvertretender Vorsitzender des Vereins deutscher Zeitungs-
verleger, das Wort zu einem umfassenden Vortrag
über das Thema: „Regierung und Presse“. Er schilderte
an Hand der Geschichte des Zeitungswesens und der
Pressegesetzgebung in den Kulturländern, wie es immer
zum Unheil von Volk und Staat ausgeschlagen sei,
wenn die Gesetzgeber versucht haben, die Pressefreiheit zu
beschränken. Der Redner ging besonders ausführlich
auf die Entwicklung der Pressegesetzgebung in England
ein und zeigte die Stettheit der englischen Regie-
rung und Pressepolitik und die damit zusammenhängende
Urteilstreitigkeit des englischen Volkes auf. Der Vor-
trag wurde sehr beifällig aufgenommen, und es wurde

beschlossen, ihm durch Druck der weiteren Öffentlichkeit bekanntzugeben. — Im Anschluß an diesen Vortrag wurde in die Beratung des geschäftlichen Teiles der Hauptversammlung eingetreten, wobei insbesondere die Frage des Journalistengesetzes behandelt wurde.

Reichsverband der deutschen Presse.

Die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse in Königstein begann am Freitag mit einem Begehungsbend in den Räumen des Blutgerichts im Schloß. Der Vorsitzende des Königsteiner Bezirkverbands Dr. Mauschenspat begrüßte die Gschichtenen, darunter die Vertreter der Regierung und vieler Korporationen den Regierungspräsidenten Siehr, den Oberbürgermeister Dr. Dohmeier, Dr. Mauschenspat wies auf die nationalpolitische Bedeutung der Ostfahrt der deutschen Journalisten und auf die Aufgaben hin, die der deutschen Presse gegenüber der Provinz Ostpreußen entstehen. Der Niedner Schloß mit einem Dank an die Gäste aus Reich und Provinz. Am Vormittag tagte der Hauptvorstand, nachmittags begannen die Beratungen der Delegiertenversammlung.

Matteottis Mörder geständigt.

„Messaggero“ berichtet, daß Dumont, der Mitarbeiter Matteottis, endlich ein volles Geständnis abgelegt habe. Er bestätigte als Auftraggeber den früheren Pressechef Rossi, den Herausgeber des „Corriere d'Italia“, Filippetti, und den Finanzverwalter der Faschistenpartei Marinelli. Matteotti wurde sofort nachdem er ins Auto geworfen worden war, ermordet. Das Auto setzte alsdann seine Fahrt mit der Leiche bis zum Walde von Vinci fort, wo sie in dichtes Geesträpp geworfen wurde. Filippetti hieß es jedoch nicht für klug, die Leiche offen im Walde liegen zu lassen. Er beauftragte deshalb den Redakteur des „Corriere d'Italia“ Galassi, zusammen mit einem der Mörder, Polpi, in einem anderen Auto die Leiche wieder aus dem Geesträpp herauszuholen und beseitige zu schaffen. Diese beiden sollen alsdann den Leichnam verbrannt haben.

Ein weittragender Entschluß Mussolinis.

Wie verlautet, wird der italienische Ministerrat die Reorganisation der nationalen Miliz beraten, die dem Heere eingegliedert werden soll, indem sie dem Kriegsminister unterstellt wird, soll die Miliz den Charakter einer Parteienrichtung verlieren. Diese Maßnahme ruft im Lande einen ausgezeichneten Eindruck her vor. General Debona überträgt das Kommando an den General Giardino. Alles das deutet darauf hin, daß noch vor der anstehenden Senatsrede Mussolini die moralischen Forderungen der öffentlichen Meinung erfüllt werden sollen.

Die Französisierung des Saarlandes. Im saarländischen Landesrat kam es zu einer energischen Kündigung sämtlicher politischen Parteien gegen die Praktiken der Schulverwaltung des Saargebietes. Der Schulverwaltung wird der Vorwurf, daß sie die Französisierungsbemühungen fördere, sich gegen die Selbstverwaltung der Gemeinden vergehe und eine einseitige Politik treibe. Besonders wurde dagegen protestiert, daß 2 Lehrer, die Abgeordnete sind, wegen ihrer politischen Stellung im Landesrat von den Schulbehörden gemahngestellt worden sind.

Amerikas Hilfe zur Ordnung der europäischen Angelegenheiten notwendig. Der Reparationsfachverständige Owen Young bezeichnete es in einer Ansprache gelegentlich seiner Ernennung zum Dr. jur. an der Harvard-Universität als notwendig, daß Amerika eine festumstrahlene Politik verfolge. Die Ablehnung der Beteiligung am Völkerbund hatte in Amerika eine stark ausgeprägte Stimmung für eine Politik der Isolation hervorgerufen. Indessen gewinne die Ansicht immer mehr an Boden, daß Amerika dadurch nicht einmal

seinen eigenen Interessen diene. Er würde es begrüßen, wenn Amerika sich entschiede, ob es Europa bei seinem Wiederaufbau helfen wolle oder nicht und zwar ohne sich am Völkerbund, Weltgerichtshof oder anderen zu diesen Zwecken begründeten Einrichtungen zu beteiligen.

Kommunistenprozeß in Helsingfors. Das Amtsgericht verkündet das Urteil im Kommunistenprozeß. Alle Angeklagten wurden für schuldig befunden. Es wurden Zuchtaufstrafen von 6 Monaten bis 8½ Jahren verhängt. Die kommunistische Partei wird für aufgelöst erklärt. Die Forderung auf Beschlaugnahme der beschlossenen Druckereien wird abgelehnt.

Erster Bezirkstag der Elternvereine

der Umtshaupmannschaft Schwarzenberg.

Die Umgestaltung unseres Schulwesens nach der Weimarer Verfassung sollte nach einem noch zu erlassenden Reichsschulgesetz erfolgen. In diesem Gesetz sollte auch eine der wichtigsten Fragen, die des Religionsunterrichts, geregelt werden. Dieses Gesetz ist noch nicht erlassen, es ist dafür noch gar kein Entwurf vorhanden. Die Regelung des Schulwesens und damit auch des religiösen oder Religionsunterrichts ist daher zunächst den Regierungen der Länder überlassen worden. So nach Art der Regierungen wurde nun eingegriffen, und in Sachsen zeigten sich besondere umstänzlerische Bestrebungen, die auch zum Teil durchgeführt wurden. Es sind noch in Auer Grinnerung die religiösenfeindlichen Verordnungen des sächsischen Kultusministers Fleischer. Über gegen das Ende seiner Regierung begann aber auch der Abbau seiner Verordnungen. Eine seiner Verordnungen hatte sogar etwas recht Gutes. Sie veranlaßte die Elternräte gesetzlich. Durch all die Rüte, die die christlichen Eltern um die Schule für ihre Kinder empfanden, wurde der Zusammenschlußgedanke lebendig. Es begann die Gründung der Elternvereine. Der erste christliche Elternverein hat seine Wiege in Leipzig. Aue folgte sehr bald, und hier wie im ganzen Bezirk der Umtshaupmannschaft schlossen sich den christlichen Elternvereinen eine große Masse an. Die Folge der Organisation sah der Fernstehende deutlich an den Ergebnissen der Elternratswahlen, die in den meisten Orten eine überwiegende Mehrheit für die Anhänger der christlichen Schule zeigten. Die verschiedenen Ortsvereine schlossen sich zu Verbänden zusammen, so auch die im Bezirk unserer Umtshaupmannschaft Schwarzenberg.

Um Sonnabend und Sonntag hielt dieser Verband in Aue seinen

ersten Bezirkstag

ab. Er war trotz des ungnädigen Wetters recht gut besucht, und sein Verlauf kann als wohl gelungen und eindrucksvoll bezeichnet werden. Am Sonnabend fand in Verbindung mit dem Bezirkstag eine Landesverbandsversammlung unter Vorsitz Dr. Hering's-Dresden statt. Glöckengeläut leitete die Veranstaltung ein. Der Sonntag, der eigentliche Festtag, wurde mit einer Messe am Vormittag vor dem Quartier des genannten Landesverbandsvorsitzenden geweiht. Den Höhepunkt des Vormittags bildete die Predigt des Landeskonsistorialrats Dinter, Dresden mit den Gesang des Kirchenchores unter Pfeffermeister Semmlers Leitung. Blasmusik, die wie die Morgenmusik und die Musik zur Festversammlung des Nachmittags vom Rosauenchor der Methodistenkirche aufgeführt wurde, gab das äußerliche Festgepräge. — Die Stürmung per Blasmusik durch den Schülernaufzug und seiner Marschmusik mußte unter allen Umständen vermieden werden.

Nachmittags fand im Bürgergartenssaal die

Festversammlung

statt. Der Saal war dicht gefüllt. Feierstimmung lag über dem Ganzen. Der Vorsitzende des Bezirkverbands

des und des hierigen Bezirks, Ulrich Roßner, öffnet und leitet die Versammlung. Er begrüßt in letzterer Anwesenheit die Gäste, besonders Landeskonsistorialrat Dinter, Dresden, den Vorsitzenden des Landesverbands Dr. Hering-Dresden, Pfarrer Haufe-Schwarzenberg, als Vertreter der Superintendentur, Frau Dr. Hummel-Altenburg, Bürgermeister Hofmann und Schubert, Landtagsabgeordneten Sievert, Chemnitz, die Elternvereine des Bezirks, die Vertreter von kirchlichen, religiösen Gemeinden und Schülern. Dann folgen Begrüßungen und Begegnungsanschläge. Bündlich spricht Landeskonsistorialrat Dinter-Dresden. Das Konstitutum habe der christlichen Elternbewegung nicht nur Wohlwollen entgegengebracht, sondern ihr mit Rat und Tat geholfen. Die Eltern beklagten sich jetzt mehr als früher um ihre Kirche. Über immer ist noch Volkskirche ein Schlagwort. Die richtige Volkskirche muß noch geschaffen werden. Es ist früher viel versucht worden. Staatsbehörde und Kirchenoberhaupt taten das Richtige. Die Mitglieder der Kirche waren passiv. Die neuen Verhältnisse machen den Urgegenden der Volkskirche wieder lebendig. Die Kirchenbehörde, die mit viel Schwierigkeiten zu kämpfen hat kann es allein nicht machen, die Kirchengemeinde muß helfen. Hier liegt das Verdienst der Elternvereine. Sie haben die Gemeinde mobil gemacht. Auf dem betretenen Wege, der ein wesentliches Stück im Leben der Kirchengemeinde ist, sollen die Vereine weiterarbeiten zum Wohl für das ganze Volk, das ohne der lebendigen Kirche seinem Ende entgeginge. Pfarrer Haufe-Schwarzenberg grüßt als Vertreter der Superintendentur. Dann begrüßt im Namen des Stadtrates und der Stadtverordneten 1. Bürgermeister Hofmann die Versammlung. Er schickt voraus, daß er gegenüber dem Kirchen, Schul- und Kulturreben eine liberale Staats- und Weltanschauung hat. Die Erfahrungen der letzten Jahre sind an ihm nicht spurlos vorübergegangen. Schwere, bedenkliche Ercheinungen sind an unserem Schulwesen aufgetreten. Der Durchschnitt des Lehrkörpers ist zurückgeblieben, wenn auch mancher guten Kraft der Aufstieg ermöglicht worden ist. Das ist die Nebenauswirkung Auer. Beziiglich der Religion hat es an Toleranz gefehlt. Das hat die Eltern auf den Plan gerufen. Sie sind nun aktiv tätig geworden. Neuerdings entbrennt der Streit, wie weit der Einfluß der Eltern auf die Schule geduldet werden darf. Hier liegen aber unverrückbare Rechte der Eltern vor. Wie wird dieser Einfluß gestellt gemacht? Der Prediger am Vormittag in der Kirche hat es gesagt: Die christlichen Elternvereine sollen sein ein Bekenntnis dazu, daß sie sich bei ihren Handlungen leiten lassen vom Geiste der Liebe, des Friedens und der Verständigung. Dieses Programm ist nur bestens zu begrüßen. Dann drücken wir hoffen daß die Arbeiten der Vereine zum Segen des Staates und des Volkes gereichen. Landtagsabgeordneten Sievert, Chemnitz grüßt vom Bruderverein Chemnitz und von der Deutschnationalen Partei und der deutschnationalen Landtagsfraktion. Diese ehrt die christlichen Elternvereine in dem Kampf um die christliche Bekennungsschule, um den ihr noch verbliebenen Rest des christlichen Charakters, den Partei und Fraktion führt. Der Kampf war vielfach erfolglos. Jetzt ist eine Besserung eingetreten. Was wird weiter geschehen? Es tauchen allerhand neue Lehrgänge auf. Der Begriff der Gemeinschaftsschule wird stark hervortreten. Diese wird nur der Schriftsteller für die weltliche Schule sein. Es muß das Reichsschulgesetz gefordert werden mit Wahrung der Rechte der christlichen Elternschaft, ferner ein Lehrplan für den Religionsunterricht. Ein wichtiger Punkt ist der Lehrernachwuchs. Wir stehen vor der Tatsache, daß wir in einigen Jahren keinen Nachwuchs mehr haben. Wir brauchen jährlich etwa 500 neue Lehrkräfte. Zum pädagogischen Studium haben sich dieses Jahr etwa 50 gemeldet. Deshalb muß die Wiederauflage

sich hält an die davon geweckt worden ist."

Asbjörn Krug schien von ganz anderen Gedanken erfüllt zu sein.

„Sonderbar, diesen Weg zu wählen!“ sagte er vor sich hin. „Das verstehe ich nicht.“

„Was verstehen Sie nicht, Krug?“

„Warten Sie ein wenig.“

Krug machte die Tür des großen Saales auf, und die beiden Männer traten leise ein. Rosenthal fuhr einen Schritt zurück, als ob er ein Gewebe gesehen hätte. Asbjörn Krug blieb wie angewurzelt stehen und starnte geradeaus.

Ungefähr mitten in dem großen Saal lag eine Gestalt, lieblos, beide Arme ausgestreckt, das Gesicht von den Unkommen abgewendet. Der Kopf war mit einer grauen Kapuze bedekt.

Im nächsten Augenblick lag der Detektiv neben der Gestalt auf den Knien, drehte ihr Gesicht dem Licht zu, leise den Kopf an ihre Brust und horchte auf den Herzschlag.

„Sie lebt!“ sagte er.

Rosenthal stand wie versteinert neben dem leblosen Frauenbild.

„Sie!“ rief er. „Du armer Gott, was ist da heute nacht vorgegangen?“

Asbjörn Krug gab nicht sofort Antwort. Er untersuchte den Raum ihres Kleides und ihre Schuhe und fühlte ihr den Puls. Dann stand er auf und schaute Rosenthal an.

„Sie haben sie also erkannt,“ sagte er. „Ja, es ist Großeltern Guste.“

„Das sehe ich. Aber wie ist sie in diese Hölle gekommen?“

Krug deutete auf ihre Schuhe.

„Daran ist kein Schuh.“ sagte er. „Sie ist also nicht weiter als die dicker gelangt. Erkennen Sie jetzt an ihrer Kleidung den Schatten von gestern nacht?“ Rosenthal nickte.

„Sie muß etwas gemerkt haben,“ sagte Krug vor

Das Chamäleon.

Von Sven Elvestad.

Autorisierte Ueberzeugung von Gertrud Bauer.

(29. Fortsetzung.)

Einfundzwanzigstes Kapitel.

Gin Schret.

Mitten durch die lautlose Stille drang plötzlich ein gellender Schrei wie von einem Menschen in Todesschreck aus seinem Hessel auf und sauste in der Dunkelheit nach dem Kerne des Deutnants. Zum ersten Mal merkte dieser, daß Krug aus dem Gleichgewicht gekommen war.

„Gott im Himmel, ich glaube wirklich, wir sind überwältigt worden!“ rief er. „Woher kam dieser Schrei?“

„Ich kann es nicht mit Bestimmtheit sagen,“ erwiderte der Baron leise flüsternd. „Über er schien mir aus dem Arbeitszimmer des Generals zu kommen.“

„Aus dem Zimmer, wo die Pistolen liegen?“ Vorwärts. „Rosenthal, es gilt möglicherweise ein Werk schen Leben.“

Der Detektiv hob die Blendlaternen vom Boden auf. Mit einem raschen Griff nahm er die Haube ab, so daß das Licht frei nach allen Seiten scheinen konnte, und das Zimmer war mit einemmal taghell erleuchtet.

Krug betrachtete das Deutnant's blaßes, aber entschlossenes Gesicht.

„Haben Sie eine Waffe?“ fragte er.

Der Deutnant schlüpfte den Mantel.

„Hier nicht, aber in meinem Zimmer.“

„Wir müssen uns beeilen,“ erwiderte Krug, indem er aus der Taschenuhr einen Revolver hervorholte und ihn dem Deutnant reichte. „Verdammte Hölle!“

Krug öffnete die Tür und trat in den Gang hinaus. Die Blendlaternen beleuchtete den schmalen Gang vollständig und verbannete das Mondlicht, das durch Fenster hereinkam.

Horchend blieb Krug einen Augenblick stehen.

„Der Schrei könnte jemand geweckt haben,“ illustrierte er. „Ich höre aber weder Stimmen noch Schritte.“ Hastig eilte er weiter, und Rosenthal lief hinter ihm her. Dieser hielt den Revolver fest in der Hand; er erwartete, Feinde zu treffen, denn der unheimliche Schrei bebte noch durch seine Nerven. Der verlündete Gefahr, Todessgefahr.

„Rascher, rascher!“ flüsterte er.

So rasch er konnte, eilte Krug den Gang entlang und die Treppe hinunter ins Erdgeschoss; von Zeit zu Zeit blieb er einen Augenblick stehen, um zu horchen, ob nicht ein Geräusch zu hören sei. Über alles blieb still.

Guerst öffnete er die Tür des Chimmers. Nichts zu sehen! Die Vorhänge waren aufgezogen, das Mondlicht schien durch die hohen Fenster herein und überdeckte den großen Mahagonischrank mit einem bläulichen Schein. Während Asbjörn Krug an den Fenstern vorbeiklang, warf er einen forschenden Blick in den Garten hinaus, aber er sah nichts als Schnee und schwarze Bäume. Auch im nächsten Zimmer war keine Spur von Leben zu entdecken, und es hatte nicht den Anschein, als ob der Schrei jemand auf dem Hofe aus dem Schlaf geweckt hätte. Außer den beiden Männern rührte sich kein Mensch.

„Hier sind wir im Arbeitszimmer des Generals“ flüsterte Krug, indem er die Türe in die Höhe hielt. „Über Fenster und Türen sind geschlossen, alles ist ganz still.“ Er trat an die Tür, die zum Schlafzimmer des Generals führte und horchte. Drinnen ließen sich regelmäßige Stimmlage vernehmen.

„Der alte Kriegsmann hat einen gesogenen Schlaf!“ flüsterte er. „Der Schrei hat ihn nicht geweckt. Vielleicht hätte ein Willensdruck das eher fertiggebracht.“

Nun gingen sie wieder in den Gang hinaus und durchdröhnten ihn in seiner ganzen Länge bis zum großen Saal.

„Der Schrei könnte auch aus dem Saal gekommen sein,“ meinte Rosenthal. „Er liegt ja gerade unter Ihrem Zimmer. Vielleicht haben wir darum den Schrei

Kinder, so
röhrt in sei-
nem sozialen
Bundesbe-
haupter.
Haufe-
ntendentur.
Höf-
lichen Sie-
te, die Ver-
und Schu-
chschulen.
Dinter-
Eltern-
schaft, son-
Eltern be-
treue. Über
Die rich-
e und Kri-
glieder der
sie machen
ndig. Die
zu Käm-
gemeinde
verbrenne.
dem be-
Leben der
seiten zum
lebendigen
Hau-
rentenden-
s und der
die Ver-
über dem
Staats-
der letzten
gegangen.
unserem
Lehrkör-
kraft die Ueber-
an Duld-
Plan ge-
uerdings
er Eltern
egen aber
ird dieser
Vormittag
Elternver-
sich bei
der Liebe.
rogramm
it hoffen
Staates
der Sie-
nisch und
christlichen
Bekennt-
heit christ-
hrt. Der
Besserung
tauchen
der Ge-
sche wird
sein. Es
mit Wah-
erner ein
wichtiger
der Tat-
sich mehr
kraft. Es Jahr
raufrich-

tung der Lehrerseminare gefordert werden, die Christlich sein müssen. Wunderlich, Leipzig grüßt vom Leipziger Verband, der mit Rue eng verwachsen ist. Amtshauptmann Dr. v. Schwartz hat seine Grüße und Wünsche eines nachhaltigen Eindrucks der Tagung Christlich übermittelt.

Den Schluss der Ansprachen bildete die des Oberstudien-
direktors Nitschinger-Rue. Er verbreitete sich über das Thema Schule und Religion. Die Erziehung der Menschen liegt neben der Familie von jeher in den Händen der Schule und Kirche. Seit Jahren sind schwere Kämpfe um die Frage des Religionsunterrichts entbrannt. Bekenntnisschule, Gemeinschaftsschule, Weltliche Schule sind die angestrebten von einander grundverschiedenen Einrichtungen. Für christliche Eltern gibt es nur die Forderung der Bekenntnisschule. Aus vielen Gründen. Davon sei nur ein einziger erwähnt. Der Religionsunterricht und damit die Religion ist der Wurzelboden aller Sittlichkeit. Wie sieht das christliche Sittengesetz näher betrachtet aus? Die Gegner sagen, es sei aufgebaut auf Androhung von Strafe im Jenseits oder Versprechen von Belohnung dagebaut. Es schließe ihm an Idealen. Das Gute müsse um des Guten selbst willen getan werden. Frankreich, das eine "allgemeine Moral, in der alle übereinkommen" lehrt, hat in dieser Morallehre zwei Schlagworte: Chauvinismus und Deutschtum. Auf diesem Vorbild führend erhebt man das Kampfgeschrei gegen die Religion in unserer Schule. Die christliche Lehre steht turmhoch über allen Sittenlehren. In jeder Menschennatur herrscht ein Gesetz, das Gewissen, das heißt aber die Stimme Gottes. Deshalb stimmt das Sittengesetz überein mit dem Gesetz Gottes. Das göttliche Sittengesetz will den Menschen nicht niederkriegen, wie Gegner meinen, sondern veredeln. Es ist keine Lehre slavischer Furcht und der Schwäche, sondern sie ruht auf der großen Macht der Liebe. Helden erzieht die christliche Sittenlehre. Auch die sogenannte Morallehre kommt ohne Hinweis auf Strafe und Lohn nicht aus. Die christliche Sittenlehre ist ohne Gott nicht denkbar. Nur solche Schulen kommen für uns in Frage, die diese Lehren pflegen, das muß die Lösung sein. Und dafür müssen wir kämpfen, bis dieses herrliche Ziel erreicht ist.

Der Händlerschein auf der Bühne begrüßt beginnt dann Frau Dr. Hammel-Altenburg ihren Vortrag: "Die Frau und die Familie". Sie führt ungesehne aus: Der alte Staat war uns ein festes Haus. Der neue Staat ist gegründet auf einer militärischen Niederlage, auf der Schwachheit des Volkes, das keinen Willen zum Leben und zur Macht aufbringen konnte, er ist gegründet auf Lüge. Solch ein Staat kann seine stützende Aufgaben nicht erfüllen. Deshalb ist es zu begreifen, daß das Volk ihre Lösung in die Hand genommen hat. Immer ergeht in der Not der Ruf an die Frauen zur Mithilfe. In unserer geistigen und wirtschaftlichen Not müssen die Frauen die Männer besonders stützen. Sie sind an die Front gerufen. Die rechte und edle Frau ist von Natur konservativ; sie soll aber auch fromm sein. Sehr viele sind in diesem Sinne nicht echte und rechte deutsche Frauen. Es ist eine große Entartung festzustellen. Das ist mit einem Grund des Niederganges. Die alten Formen sind gebrochen. Kein Mensch wird glauben, daß sie wieder zusammenzuleben sind, aber es sind gute neue Formen zu finden. Wenn das deutsche Haus auch noch weiter zerfallen soll: Eins muß bleiben: Die deutsche Familie, die Keimzelle des Staates. Darauf muß das neue Deutschland aufgebaut werden. Hier liegt die Hauptaufgabe der Frau, sie ist Mittelpunkt der Familie. Im Brennpunkt steht die Erziehung der Kinder. Hier ist sie stärker beteiligt als der Mann. Die Pflege der Seele wird oft über die Pflege des Körpers vergessen. Jetzt erst recht, weil die Schule diese Pflege zu sehr vergessen hat. Da muß dem Kind zu Hause eine Lust des Friedens und der Ruhe, der Wohheit der Freude und Echtheit geschaffen werden. Die Erweckung des nationalen und religiösen Gefühls ist verklungen. Die Familie wird nicht bleiben, wenn wir uns nicht gegen ihre Zersetzung stemmen. In Rußland ist die Zersetzung in groben Teilen durchgeführt. Die falsche Berufseinstellung der Frau ist der Ruin der Familie. Mit dem Betreten der Fabrikswelle trat eine Veränderung im Leben der Frau ein. Nicht vergessen darf werden und aus der Welt muß es kommen, daß die Frau in die Fabrik geht. Die Heimarbeit schafft einen Ausgleich. Sie wird zwar schlechter bezahlt, aber die Frau ist bei ihren Kindern zu Hause. Es liegt im Wesen der Frau, etwas Lebendes zu halten und zu pflegen, überhaupt mit etwas Lebendem umzugehen. Das muß maßgebend sein für die Berufswahl der Frau. Ihr vornehmster Beruf ist Mutter zu sein. Auch die schulische Ausbildung ist falsch. Neuerdings schafft man die höheren Töchterschulen ab. Man verweist die Mädchen, die sich bessere Bildung aneignen wollen, in die Oberschulen für Männer. Entweder wird die Bildung der Mädchen, die immer eine besondere sein muß, vernachlässigt, oder der Unterricht wird den Mädchen angepaßt, dann wird er weiblich und die Jünglinge bleiben zurück. Rednerin ruft zum Schluss des Vortrags den Frauen zu: Hinein in die Arbeit. Es kommt nicht darauf an, daß das Leben

sich hin. „Es war also nicht richtig von mir, heute an diesem Fenster Ausschau zu halten.“

„Über was wollte sie denn hier im Saale?“

„Gar nichts. Sie wollte weiter.“ Kraag deutete auf die kleine Tür in der Ecke. „Wahrscheinlich wollte sie dort hinaus,“ sagte er.

„Und wurde aufgehalten?“

„Ja.“ Kraag schaute sich rund im Zimmer um. „Sie ist mit einem Schrei umgefallen; sie hat etwas ansehen.“

„Über was hat sie gesieht?“

Kraag deutete auf den leeren Platz an der Wand, wo das Bild des Selbstmörders gehangen hatte. Das Bild stand jetzt darunter an die Wand gelehnt.

„Ist es nicht sonderbar, daß sie gerade vor diesem Bild umgefallen ist?“ fragte er.

„Sollte ihr das Bild allein einen solchen Schrecken gezeigt haben?“ fragte der Leutnant zweifelnd. „Das kann ich kaum glauben.“

„Ich auch nicht,“ erwiderte Kraag. „Bitte, holten Sie Wasser, aber leise, daß Sie den General nicht wecken.“

Rosenkranz verschwand. Als er aus dem zweiten Stockzimmer zurückkehrte, wo er in einer Karaffe Wasser aufgefunden hatte, bemerkte er, daß Wohlüber Kraag dabei war, den Fußboden in der Nähe des herabgefallenen Bildes zu untersuchen. Der Detektiv hob etwas vom Boden auf, das er genau betrachtete. Der Leutnant konnte nicht genau erkennen, ob es Staub oder Raff von der Wand war.

„Sehen Sie zu, daß Sie sie zum Bewußtsein zurückbringen.“ sagte Kraag.

Rosenkranz betrachtete die Lippen der ohnmächtigen jungen Dame mit Wasser. Bald folgte sie die Augen auf, aber sie war noch zu schwach, um zu ergriffen. Was Kraag sagte, als er seine Unterredung in der Nähe des Bildes beendigt hatte.

Der Detektiv fragte:

„Hier sind noch andere Menschen gewesen!“

Kraag nickte.

Dem Vorsitzenden der Befreiungskräfte gefordert werden, die Christlich sein müssen. Wunderlich, Leipzig grüßt vom Leipziger Verband, der mit Rue eng verwachsen ist. Amtshauptmann Dr. v. Schwartz hat seine Grüße und Wünsche eines nachhaltigen Eindrucks der Tagung Christlich übermittelt.

Den Schluss der Ansprachen bildete die des Oberstudien-
direktors Nitschinger-Rue. Er verbreitete sich über das Thema Schule und Religion. Die Erziehung der Menschen liegt neben der Familie von jeher in den Händen der Schule und Kirche. Seit Jahren sind schwere Kämpfe um die Frage des Religionsunterrichts entbrannt. Bekenntnisschule, Gemeinschaftsschule, Weltliche Schule sind die angestrebten von einander grundverschiedenen Einrichtungen. Für christliche Eltern gibt es nur die Forderung der Bekenntnisschule. Aus vielen Gründen. Davon sei nur ein einziger erwähnt. Der Religionsunterricht und damit die Religion ist der Wurzelboden aller Sittlichkeit. Wie sieht das christliche Sittengesetz näher betrachtet aus? Die Gegner sagen, es sei aufgebaut auf Androhung von Strafe im Jenseits oder Versprechen von Belohnung dagebaut. Es schließe ihm an Idealen. Das Gute müsse um des Guten selbst willen getan werden. Frankreich, das eine "allgemeine Moral, in der alle übereinkommen" lehrt, hat in dieser Morallehre zwei Schlagworte: Chauvinismus und Deutschtum. Auf diesem Vorbild führend erhebt man das Kampfgeschrei gegen die Religion in unserer Schule. Die christliche Lehre steht turmhoch über allen Sittenlehren. In jeder Menschennatur herrscht ein Gesetz, das Gewissen, das heißt aber die Stimme Gottes. Deshalb stimmt das Sittengesetz überein mit dem Gesetz Gottes. Das göttliche Sittengesetz will den Menschen nicht niederkriegen, wie Gegner meinen, sondern veredeln. Es ist keine Lehre slavischer Furcht und der Schwäche, sondern sie ruht auf der großen Macht der Liebe. Helden erzieht die christliche Sittenlehre. Auch die sogenannte Morallehre kommt ohne Hinweis auf Strafe und Lohn nicht aus. Die christliche Sittenlehre ist ohne Gott nicht denkbar. Nur solche Schulen kommen für uns in Frage, die diese Lehren pflegen, das muß die Lösung sein. Und dafür müssen wir kämpfen, bis dieses herrliche Ziel erreicht ist.

Der Vorsitzende der Versammlung dankte allen Vortragenden und allen Anwesenden für die Mühen und Teilnahme und bringt folgende Resolutionen zur Verlesung, die einstimmig angenommen und den zuständigen Stellen übermittelt werden.

1) Die christl. Elternschaft Sachsen fordert, daß nunmehr endlich das Gesetz über die Grundlage für die Errichtung von Schulen des Bekenntnisses oder der Weltanschauung der Erziehungsberechtigten mit größter Bedeutung erlassen wird. Fünf Jahre lang hat die Elternschaft die ihr zugemutete unglaubliche Belastungsprobe der Gewissen trog aller Übergriffe und Unbill ertragen. Im weiten Kreis macht sich das Verlangen immermehr geltend, sich das Recht, welches die Reichsverfassung der Elternschaft gibt und welches durch das Verlagen der Reichsgegesetzgebung der Elternschaft vorerhalten wird, selbst zu nehmen, wenn die Reichsgegesetzgebung noch weiter ihrer Pflicht, die Reichsverfassung durchzuführen, nicht nachkommt. Für das zu erlassende Gesetz über die Grundlage für die Errichtung von Schulen des Bekenntnisses oder der Weltanschauung der Erziehungsberechtigten ist es erforderlich, daß auch für die Eltern der soßt in der Reichsgegesetzgebung anerkannte Grundzüge der Freiheit und Gleichheit durchgeführt wird. Die Elternschaft fordert den Wegfall des Schulbezuges. Sie fordert das Recht, sich die Schulen auszuwählen, der sie ihre Kinder übertrauen will und diese Schulen zu wechseln. Sie fordert das Recht, bei der Beziehung der Lehrer an den Schulen durch ihre gelegentlich geordneten Organe (die Elternräte) mitzuwirken. Sie fordert, daß die Schulen der Reichsverfassung entsprechend Staats-Schulen sind unter staatlicher Leitung und Aufsicht und mit verantwortlichem, vom Staate nach Gebot der Lehrer und Eltern ernanntem Schulleiter. Daneben fordert sie die Weiterbildung aller Schulausbildenden. Lehrplan und Lehrbuch für den Religionsunterricht sind zwischen Staat und Landesfürst durch Staatsvertrag zu vereinbaren. Offizielle Prüfungen sind wieder einzuführen. Die Schulausübung ist statt wie bisher räumlich, sozial in der Welt zu ordnen, daß für evangelische Schulen evangelische Schulräte, für katholische Schulen katholische Schulräte, für weltliche Schulen weltliche Schulräte usw. nach Gebot des zuständigen Organe der Elternschaft zu bestellen sind.

2) Die christliche Elternschaft verlangt, daß dem Religionsunterricht in der Schule auf allen Klassenstufen mehr Beachtung geschenkt werde. Es muß der willkürlichen Handhabung seiner Erstellung in den ersten 4 Schuljahren sofort ein Ende gemacht werden, indem der Religionsunterricht vom 1. Schuljahr an Stundenplanmäßig einzurichten ist und die Verordnung vom 8. Januar 1921 aufgehoben wird. Die Notverordnung vom Dezember 1918 und ihre Nachfolgerinnen sind endlich wieder aufzuheben. Die Zahl der Religionsunterrichten muß mindestens vom 5. Schuljahr an wieder auf 4 erhöht werden. Auch ist die Bebindung der Katholizismusstoffe wieder anzuordnen.

Sodann entwickelt noch ein anschauliches Bild von der Not um den Religionsunterricht und um die Kirche im allgemeinen Roschler-Gitterlos aus seinem Orte. Ein Lehrer bringt interessante Tatsachen über Belehrung bewohnter Fleischbäcker, Ausbildung beliebter und eintrudsvoller Gemütbildender Lehrer aus den Geschulgymnasien und spricht an, aufzuführen auf die weitere Entwicklung in diesen Dingen zu haben. Nachdem der Vorlesende noch einen Appell zur Aufnahme von Ferientümern aus den Elternzonen der Bruderschaften im Niederland an die Anwesenden gerichtet hat, schließt er die Festversammlung, die auch durch die Darbietungen des Posaunenchors der Methodistenkirche und des gemischten Chores der Landeskirchlichen Gemeinschaft noch verschont wurde.

ON STADT UND LAND.

June, 28. Juni
Aus dem Haushaltsausschuß A des Bandages. Nach den bisherigen Dispositionen soll der Landtag Mitte Juli in die Sommerferien gehen. Vorher aber muß, neben anderem wichtigen Beratungsstoff, vor allem der Staatshaushaltspolitik verabschiedet werden. Deshalb hält der Haushaltshaushalt A auch am Freitag noch eine Sitzung ab. In dieser wurden unter anderem die Kapitel Landesanstalten und Landtag beschlossen, ebenso die Kapitel Staatstheater, Schulen und Staatszeitung.

Beim Kapitel Schulen ist nunmehr über die Einführung der Volksschullehrer in die Gehaltsklassen 7, 8 und 9 endgültig Einholung getroffen worden. Während ursprünglich diese Einführung im Verhältnis von 8 : 8 : 1 in Frage kam, wird nun im Sinne eines Schiedsvertrages der aufzuhaltenden Reichsfinanz die Einführung im Verhältnis 2 : 2 : 1 im nächstjährigen Staatshaushalt erfolgen.

Beim Kapitel Staatszeitung wurde von deutschnationaler Seite stark kritisiert, daß diese Zeitung zu einem rein sozial-

demokratischen Parteiorgan umgestaltet worden ist und daß die Aufwendung für den Redaktionsteam angesichts der journalistischen Leistungen viel zu hoch seien. Auch von anderer bürgerlicher Seite wurde die Notwendigkeit einer Überarbeitung in der Organisation der Staatszeitung, in redaktioneller, als auch in gesellschaftlicher Beziehung, betont.

Beim Kapitel Landestheater wurden einige gegen die Theaterleitung und -verwaltung gerichtete sozialdemokratische Anträge durch eine bürgerliche Zusammensetzung abgelehnt.

Die Landesgruppe Sachsen des Deutschen Beamtenbundes hielt am 14. und 15. Juni ihren 2. Bandesgruppentag ab. Eingelegt wurde er durch einen Vortrag des Bandesvorstandes Hugel über „Gegenwartsthemen des D.B.B.“. Mit klugem Gedank griff er aus dem Komplex der Gegenwartsthemen die kennendsten heraus: Erhaltung des Berufsbeamtenzums, Verlängerung der Dienstzeit, Urlaubsfürzung, Besoldungsregelung. Er stellte die Beziehungen zwischen diesen einzelnen Fragen untereinander und ihrem Zusammenhang mit den politischen und besonders den wirtschaftlichen Strömungen unserer Zeit her. Dem Vortrag folgte eine rege Diskussion, in der die volle Übereinstimmung mit der Politik des D.B.B. zum Ausdruck kam und dem D.B.B. als dem älteren und schärferen des Berufsbeamtenzums trotz aller Unstimmigkeiten die Treue gelobt wurde. Der eigentliche Bandesgruppentag erledigte zunächst die geschäftlichen Angelegenheiten. Der Vorsitzende gab ein anschauliches Bild von den umfangreichen Arbeiten, die unter schwierigen Verhältnissen in den verflochtenen zwei Jahren von der Landesgruppe auf dem Gebiet der Beamtenbefordlung, des Beamtenrechts, der Beamtenversicherung und der Finanzierung der Kreis- und Ortskärtelle gegen zahlreiche Unstimmigkeiten die Treue gelobt wurde. Der eigentliche Bandesgruppentag erledigte zunächst die geschäftlichen Angelegenheiten. Der Vorsitzende gab ein anschauliches Bild von den umfangreichen Arbeiten, die unter schwierigen Verhältnissen in den verflochtenen zwei Jahren von der Landesgruppe auf dem Gebiet der Beamtenbefordlung, des Beamtenrechts, der Beamtenversicherung und der Finanzierung der Kreis- und Ortskärtelle gegen zahlreiche Unstimmigkeiten die Treue gelobt wurde. Der eigentliche Bandesgruppentag erledigte zunächst die geschäftlichen Angelegenheiten. Der Vorsitzende gab ein anschauliches Bild von den umfangreichen Arbeiten, die unter schwierigen Verhältnissen in den verflochtenen zwei Jahren von der Landesgruppe auf dem Gebiet der Beamtenbefordlung, des Beamtenrechts, der Beamtenversicherung und der Finanzierung der Kreis- und Ortskärtelle gegen zahlreiche Unstimmigkeiten die Treue gelobt wurde. Der eigentliche Bandesgruppentag erledigte zunächst die geschäftlichen Angelegenheiten. Der Vorsitzende gab ein anschauliches Bild von den umfangreichen Arbeiten, die unter schwierigen Verhältnissen in den verflochtenen zwei Jahren von der Landesgruppe auf dem Gebiet der Beamtenbefordlung, des Beamtenrechts, der Beamtenversicherung und der Finanzierung der Kreis- und Ortskärtelle gegen zahlreiche Unstimmigkeiten die Treue gelobt wurde. Der eigentliche Bandesgruppentag erledigte zunächst die geschäftlichen Angelegenheiten. Der Vorsitzende gab ein anschauliches Bild von den umfangreichen Arbeiten, die unter schwierigen Verhältnissen in den verflochtenen zwei Jahren von der Landesgruppe auf dem Gebiet der Beamtenbefordlung, des Beamtenrechts, der Beamtenversicherung und der Finanzierung der Kreis- und Ortskärtelle gegen zahlreiche Unstimmigkeiten die Treue gelobt wurde. Der eigentliche Bandesgruppentag erledigte zunächst die geschäftlichen Angelegenheiten. Der Vorsitzende gab ein anschauliches Bild von den umfangreichen Arbeiten, die unter schwierigen Verhältnissen in den verflochtenen zwei Jahren von der Landesgruppe auf dem Gebiet der Beamtenbefordlung, des Beamtenrechts, der Beamtenversicherung und der Finanzierung der Kreis- und Ortskärtelle gegen zahlreiche Unstimmigkeiten die Treue gelobt wurde. Der eigentliche Bandesgruppentag erledigte zunächst die geschäftlichen Angelegenheiten. Der Vorsitzende gab ein anschauliches Bild von den umfangreichen Arbeiten, die unter schwierigen Verhältnissen in den verflochtenen zwei Jahren von der Landesgruppe auf dem Gebiet der Beamtenbefordlung, des Beamtenrechts, der Beamtenversicherung und der Finanzierung der Kreis- und Ortskärtelle gegen zahlreiche Unstimmigkeiten die Treue gelobt wurde. Der eigentliche Bandesgruppentag erledigte zunächst die geschäftlichen Angelegenheiten. Der Vorsitzende gab ein anschauliches Bild von den umfangreichen Arbeiten, die unter schwierigen Verhältnissen in den verflochtenen zwei Jahren von der Landesgruppe auf dem Gebiet der Beamtenbefordlung, des Beamtenrechts, der Beamtenversicherung und der Finanzierung der Kreis- und Ortskärtelle gegen zahlreiche Unstimmigkeiten die Treue gelobt wurde. Der eigentliche Bandesgruppentag erledigte zunächst die geschäftlichen Angelegenheiten. Der Vorsitzende gab ein anschauliches Bild von den umfangreichen Arbeiten, die unter schwierigen Verhältnissen in den verflochtenen zwei Jahren von der Landesgruppe auf dem Gebiet der Beamtenbefordlung, des Beamtenrechts, der Beamtenversicherung und der Finanzierung der Kreis- und Ortskärtelle gegen zahlreiche Unstimmigkeiten die Treue gelobt wurde. Der eigentliche Bandesgruppentag erledigte zunächst die geschäftlichen Angelegenheiten. Der Vorsitzende gab ein anschauliches Bild von den umfangreichen Arbeiten, die unter schwierigen Verhältnissen in den verflochtenen zwei Jahren von der Landesgruppe auf dem Gebiet der Beamtenbefordlung, des Beamtenrechts, der Beamtenversicherung und der Finanzierung der Kreis- und Ortskärtelle gegen zahlreiche Unstimmigkeiten die Treue gelobt wurde. Der eigentliche Bandesgruppentag erledigte zunächst die geschäftlichen Angelegenheiten. Der Vorsitzende gab ein anschauliches Bild von den umfangreichen Arbeiten, die unter schwierigen Verhältnissen in den verflochtenen zwei Jahren von der Landesgruppe auf dem Gebiet der Beamtenbefordlung, des Beamtenrechts, der Beamtenversicherung und der Finanzierung der Kreis- und Ortskärtelle gegen zahlreiche Unstimmigkeiten die Treue gelobt wurde. Der eigentliche Bandesgruppentag erledigte zunächst die geschäftlichen Angelegenheiten. Der Vorsitzende gab ein anschauliches Bild von den umfangreichen Arbeiten, die unter schwierigen Verhältnissen in den verflochtenen zwei Jahren von der Landesgruppe auf dem Gebiet der Beamtenbefordlung, des Beamtenrechts, der Beamtenversicherung und der Finanzierung der Kreis- und Ortskärtelle gegen zahlreiche Unstimmigkeiten die Treue gelobt wurde. Der eigentliche Bandesgruppentag erledigte zunächst die geschäftlichen Angelegenheiten. Der Vorsitzende gab ein anschauliches Bild von den umfangreichen Arbeiten, die unter schwierigen Verhältnissen in den verflochtenen zwei Jahren von der Landesgruppe auf dem Gebiet der Beamtenbefordlung, des Beamtenrechts, der Beamtenversicherung und der Finanzierung der Kreis- und Ortskärtelle gegen zahlreiche Unstimmigkeiten die Treue gelobt wurde. Der eigentliche Bandesgruppentag erledigte zunächst die geschäftlichen Angelegenheiten. Der Vorsitzende gab ein anschauliches Bild von den umfangreichen Arbeiten, die unter schwierigen Verhältnissen in den verflochtenen zwei Jahren von der Landesgruppe auf dem Gebiet der Beamtenbefordlung, des Beamtenrechts, der Beamtenversicherung und der Finanzierung der Kreis- und Ortskärtelle gegen zahlreiche Unstimmigkeiten die Treue gelobt wurde. Der eigentliche Bandesgruppentag erledigte zunächst die geschäftlichen Angelegenheiten. Der Vorsitzende gab ein anschauliches Bild von den umfangreichen Arbeiten, die unter schwierigen Verhältnissen in den verflochtenen zwei Jahren von der Landesgruppe auf dem Gebiet der Beamtenbefordlung, des Beamtenrechts, der Beamtenversicherung und der Finanzierung der Kreis- und Ortskärtelle gegen zahlreiche Unstimmigkeiten die Treue gelobt wurde. Der eigentliche Bandesgruppentag erledigte zunächst die geschäftlichen Angelegenheiten. Der Vorsitzende gab ein anschauliches Bild von den umfangreichen Arbeiten, die unter schwierigen Verhältnissen in den verflochtenen zwei Jahren von der Landesgruppe auf dem Gebiet der Beamtenbefordlung, des Beamtenrechts, der Beamtenversicherung und der Finanzierung der Kreis- und Ortskärtelle gegen zahlreiche Unstimmigkeiten die Treue gelobt wurde. Der eigentliche Band

